

René Schneider Seminare
Fortbildung für Fachanwälte für Steuerrecht
Telefon (02 51) 3 99 71 61

René Schneider · Seminare · Breul 16 · 48143 Münster

An
Frau Nationalrätin Doris Fiala
Stockerhof
Dreikönigstrasse 31
8002 ZÜRICH
SCHWEIZ

per Telefax und E-Mail (PDF)

René Schneider Seminare
Breul 16
48143 Münster
Telefax (02 51) 3 99 71 62
Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 Uhr bis 21 Uhr

Daten gespeichert. §§ 28, 33 BDSG
USt-IdNr.: DE198574773

19. Juli 2012 – Az. 25386

OFFENER BRIEF

zur Staatsklage „Schweiz vs. Deutschland“ vor dem IGH in Den Haag

Sehr verehrte Frau Nationalrätin Fiala!

Ich habe die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Schon im Jahr 2010, als die Schweiz zum ersten mal das Opfer eines verbrecherischen Paktes zwischen kriminellen Datendieben und den nicht weniger kriminellen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen wurde, haben Sie im Schweizer Parlament eine Interpellation eingebracht, und eine Staatsklage der Schweiz gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) der Vereinten Nationen in Den Haag angeregt:

„Ist der Bundesrat bereit, innert drei Monaten wegen Entgegennahme und Prüfung von illegal erlangten Schweizer Bankkundendaten beim Internationalen Gerichtshof (IGH) Klage gegen Deutschland einzureichen? Ist er gewillt, damit einen wichtigen Beitrag zu leisten, damit Interessenkonflikte auch im 21. Jahrhundert mit Völkerrecht statt staatlichem Faustrecht gelöst werden?“

URL: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaeft.aspx?gesch_id=20103023

In Deutschland haben damals der Dortmunder Rechtsanwalt und Notar Dr. Gerd Niebaum und ich Ihren Vorstoß auf das verbindliche und unparteiische Urteil des IGH unterstützt, weil auch die ehrlichen und anständigen Menschen in Deutschland, welche die Zusammenarbeit der deutschen Regierungen auf Bundes- und Landesebene mit ausländischen Kriminellen als völkerrechtsverbrecherische Staats- und Regierungskriminalität verabscheuen, ein berechtigtes Interesse daran haben, daß Deutschland nicht nur auf dem Papier ein Rechtsstaat ist und bleibt. An meine Anzeigen gegen Frau Bundeskanzlerin Merkel und Herrn Bundesminister Schäuble bei der Bundesanwaltschaft in Bern

URL: http://seniora.org/index.php?option=com_content&task=view&id=461&Itemid=87
URL: <http://www.horizons-et-debats.ch/index.php?id=2020>

und an meine weiteren Anzeigen gegen deutsche Politiker und Minister in Berlin und Düsseldorf darf ich höflichst erinnern.

URL: <http://www.20min.ch/finance/dossier/bankgeheimnis/story/Merkel-hat-Anzeige-am-Hals-28952797>
URL: <http://www.muenster-seminare.de/Sonntag-180710.pdf>
URL: <http://www.muenster-seminare.de/24656.pdf>

René Schneider · Fortbildung für Fachanwälte · Breul 16 · 48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61 · Telefax (02 51) 3 99 71 62

www.muenster-seminare.de

Wenn heute – quasi wöchentlich – das Land Nordrhein-Westfalen neues Diebesgut von Kriminellen kauft, und dafür hohe Millionenbeträge zahlt, ist dies ein weiteres Völkerrechtsverbrechen und ein neuer Anreiz für die Datendiebe und ihre Komplizen, die rot-grüne Regierung in Nordrhein-Westfalen immer weiter mit illegalen Datensammlungen zu beliefern.

Wünschenswert ist deshalb eine Staatsklage mit den Anträgen, die Bundesrepublik Deutschland zu verurteilen,

- den Kauf von Daten, welche nach dem Recht der Schweiz illegal oder unbefugt beschafft wurden, zu unterlassen, und
- an die Schweiz eine Wiedergutmachung in Höhe von 50 Millionen Euro für jeden Fall des Kaufes illegaler Datensammlungen aus der Schweiz – und zwar für jeden Fall aus der Vergangenheit und für jeden Fall in der Zukunft – zu zahlen.

Im Namen aller deutschen Bundesbürger, welche keine andere Möglichkeit haben, als mit wirkungslosen Strafanzeigen gegen die völkerrechtsverbrecherischen Regierungen in Bund und Land vorzugehen, bitte ich Sie, sehr verehrte Frau Nationalrätin Fiala, hiermit ganz besonders herzlich, Ihre parlamentarischen und politischen Möglichkeiten in der Schweiz zu nutzen, damit der IGH als Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen den Fall völkerrechtlich verbindlich entscheiden, und den Rechtsfrieden zwischen unseren Ländern, die früher gute Nachbarn waren, wiederherstellen kann.

Mit freundlichen Grüßen

René Schneider